



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 27.09.2024 bis 04.10.2024

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Burkina Faso: Im Wandel der Zeit | 3 |
| Deutschland: Polizei hat einen 29-jährigen Afghanen nach Schweden abgeschoben | 4 |
| Deutschland: Straftaten in Kirchen nehmen zu | 5 |
| Europa: Muslime, die zum Christentum konvertiert sind, werden auch in Europa verfolgt | 6 |
| Finnland: „Dieser Prozess sendet ein Signal an alle bekennenden Christen“ | 8 |
| Indonesien: Bischof von Benjarmasin -“Wir bleiben demütig“ | 10 |
| Indonesien: Entschuldigung nach Gottesdienst-Störung | 11 |
| Irak: Länderprofil | 12 |
| Iran: Armenischer Pastor aus dem Gefängnis entlassen | 13 |
| Iran: Konvertit nach fast fünf Jahren freigelassen | 14 |
| Iran: Konvertitin vom Islam ohne Anklage in Haft. | 15 |
| Iran: Verurteilter Pastor überraschend freigelassen | 16 |
| Israel: Sieben Tote bei Anschlag an Haltestelle | 17 |
| Kongo: Leitender Mitarbeiter von Radio Maria ermordet | 18 |
| Libanon: "Wir bitten um das Wunder des Friedens" | 19 |
| Mexiko: Vertriebene Baptisten dürfen zurückkehren | 20 |
| Nigeria: Massaker ohne Ende | 21 |
| Pakistan: Christliche Zwillingenbrüder in Haft | 23 |
| Pakistan: Welche Rolle spielen die Milizen der "Tehreek-e-Labbaik?" | 24 |
| Russland: Dankbar für durchgeführte Taufe | 25 |
| Russland: Thüringer Pfarrer hat Russland verlassen | 26 |
| Russland: Thüringer Pfarrer in Russland festgenommen | 27 |
| Saudi-Arabien: Verfolgung geht trotz angeblicher Reformen weiter | 28 |
| Sudan: Armeeoffensive in Khartum | 29 |
| Thailand/Vietnam: Thailändisches Gericht ordnet Auslieferung eines christlichen Aktivisten nach Vietnam an | 30 |
| Ukraine: Dass dieser Krieg endlich ein Ende findet! | 31 |

Burkina Faso: Im Wandel der Zeit

(Voice of the Martyrs) Das westafrikanische Land Burkina Faso hat rund 24 Millionen Einwohner - 61 % Muslime (meist Sunniten), 23 % Christen (meist Katholiken) und 15 % traditionelle afrikanische Religionen. Das Land war viele Jahre lang tolerant gegenüber dem christlichen Wachstum, aber seit 2016 haben zwei gut bewaffnete militante Kräfte islamischer Extremisten weite Teile des Landes verwüstet, die von ihren sicheren Basen in den riesigen Wüsten der Nachbarländer Mali und Niger aus arbeiten.

Diese islamistischen Gruppen haben 40 % von Burkina Faso unter ihre Kontrolle gebracht, mehr als 10 000 Menschen getötet und 1,7 Millionen Menschen gezwungen, in Lager für Binnenvertriebene zu flüchten. Unter den zahlreichen Flüchtlingen sind sowohl Muslime als auch Christen, die alle von der Hilfe profitieren, die lokale Kirchen und internationale Organisationen leisten können. Ein Pastor, der sich intensiv um die Flüchtlinge kümmert, sagt, dass die Menschen, die nichts zu tun haben, sich damit begnügen, der Bibel zuzuhören, und dass viele ihr Leben Christus überlassen.

*aus*WORLDNEWS 310, *übersetzt und bearbeitet* AKREF

Deutschland: Polizei hat einen 29-jährigen Afghanen nach Schweden abgeschoben

Bischöfe kritisieren Bruch eines Kirchenasyls in Hamburg

Hamburg (IDEA) – Die Bischöfin im Sprengel Hamburg und Lübeck der Nordkirche, Kirsten Fehrs, und der katholische Hamburger Erzbischof Stefan Heße haben Kritik am Bruch eines Kirchenasyls in Hamburg geübt. Laut einem Bericht des Norddeutschen Rundfunks hat die Polizei am 30. September einen 29-jährigen Afghanen nach Schweden abgeschoben. Er hatte sich seit August im Kirchenasyl in der katholischen Pfarrei Heilige Elisabeth in Hamburg-Bergedorf befunden. Der junge Mann war 2015 aus Afghanistan nach Schweden geflüchtet, wo sein Asylantrag abgelehnt wurde. Daraufhin sei er im März nach Hamburg gekommen und habe dort einen erneuten Asylantrag gestellt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) habe ihn abgelehnt, weil Schweden für das Asylbegehren zuständig sei. Auch ein Härtefall-Antrag der Kirchengemeinde sei abgelehnt worden.

„Kirchenasyl muss erhalten bleiben“

Heße erklärte in einer Stellungnahme, das Vorgehen der Behörden mache ihn sehr betroffen. Das Kirchenasyl diene zur Vermeidung von unzumutbaren humanitären Härten und diene in diesem Sinne der rechtsstaatlichen Ordnung. „Umso wichtiger ist es, dass die Behörden die Tradition des Kirchenasyls respektieren“, so Heße. Fehrs erklärte, die Abschiebung des jungen Mannes erfülle sie mit großer Sorge. Kirchengemeinden gewährten Asyl nicht leichtfertig, sondern nach sorgfältiger Prüfung. Weiter sagte Fehrs: „Als Kirchen werden wir weiter gemeinsam dafür eintreten, dass das Kirchenasyl als letzte Zuflucht im Sinne einer menschenwürdigen Asylpraxis erhalten bleibt.“

Deutschland: Straftaten in Kirchen nehmen zu

Baden-Württemberg: 2023 gab es laut Landeskriminalamt fast 900 Fälle – vor allem Diebstähle

Stuttgart (IDEA) – Kirchen in Baden-Württemberg sind zunehmend das Ziel von Randalierern und Dieben. Das berichtet der Südwestrundfunk unter Berufung auf Zahlen des Landeskriminalamts. Demnach gab es im vergangenen Jahr 896 Straftaten in Kirchen. Das waren sechs Prozent mehr als 2022 (844). Eine deutliche Zunahme registrierte die Polizei bei den Gewaltdelikten: Sie stiegen von 39 auf 61 – ein Plus von rund 56 Prozent. Am häufigsten sind aber Diebstähle. Sie machen fast die Hälfte aller Delikte aus. Die Kirchen bleiben jedoch gelassen. So spricht die katholische Diözese Rottenburg-Stuttgart bei den Straftaten in Kirchen von „gelegentlichen Einzelfällen“. Man habe „keinen erhöhten Sicherheitsbedarf beziehungsweise Bedarf an Vergitterungen oder Alarmanlagen feststellen können“, so eine Sprecherin.

Europa: Muslime, die zum Christentum konvertiert sind, werden auch in Europa verfolgt

IIRF-D/ICC/Tübingen/29.09.24 - Es ist kein Geheimnis, dass es für jemanden gefährlich ist, in mehrheitlich muslimischen Ländern vom Islam zum Christentum zu konvertieren.

Wenn deine Nachbarn von deiner Konversion in Somalia erfahren, wirst du wahrscheinlich aus deinem Haus gezerrt und hingerichtet. In Pakistan könnte man sich leicht mit einer fabrizierten Blasphemie-Anklage konfrontiert sehen, die ebenso tödliche Folgen hat.

Aber die Gefahr und die Gemeinheit, der Muslime, die zum Christentum konvertieren, ausgesetzt sind, gehen weit über mehrheitlich muslimische Länder hinaus. Dieser Hass hat auch die stolzen Demokratien Europas infiltriert.

Selbst nach der Umsiedelung in Länder wie [Italien](#), die [Niederlande](#) und das [Vereinigte Königreich](#) können muslimische Konvertiten zum Christentum von Anhängern ihrer früheren Religion belästigt, bedroht oder körperlich angegriffen werden.

Im Jahr 2022 veröffentlichte das Europäische Zentrum für Recht und Gerechtigkeit einen [Bericht](#) über das Versagen der europäischen Regierungen, Menschen zu schützen, die den Islam verlassen.

Am **22. August** dieses Jahres berichtete die Beobachtungsstelle für Intoleranz und Diskriminierung gegen Christen in Europa (OIDAC) über einen Anstieg [antichristlicher Hassverbrechen](#), die von Vandalismus und Schändung über Brandstiftung bis hin zu körperlichen Übergriffen und in einigen Fällen auch Mord reichen. Die OIDAC betonte, dass Konvertiten vom Islam besonders gefährdet seien.

Sid Cordle, Vorsitzender der [Christian Peoples Alliance](#) in Großbritannien, sagte, seit er sich 2005 mit dem Thema befasst habe, sei "die subtile Verfolgung von Jesus-Gläubigen muslimischer Herkunft sicherlich offener geworden".

Einer der aufsehenerregendsten Fälle offener Verfolgung ereignete sich im November 2015, als der als Muslim geborene christliche Konvertit Nissar Hussain, ein gebürtiger Pakistaner, der in Großbritannien lebte, von zwei muslimischen Männern angegriffen wurde, von denen einer mit einer Spitzhacke bewaffnet war. Der Angriff wurde durch eine Gebäudeüberwachungskamera des Opfers festgehalten.

Ein weiterer aufsehenerregender Vorfall betraf Hatun Tash, eine christliche Konvertitin und Flüchtling aus der Türkei. Nach ihrer Ankunft in Großbritannien wurde sie zu einer ausgesprochenen Kritikerin des Islam und wurde im Juli 2021 am helllichten Tag in London erstochen.

"Je stärker der Einfluss des Islams, desto mutiger sind sie (die Muslim Vigilanten/Anmerkung der Redaktion)", sagte Corple. "Das ist der Grund, warum sie es auf Bürgermeisterposten abgesehen haben." Zu diesem Zeitpunkt, fügte er hinzu, sei die Londoner Polizei "froh, im Rahmen der 'Anti-Islamophobie'-Strategie von Sadiq Khan zusammenzuarbeiten", und bezog sich dabei auf den muslimischen Bürgermeister der Stadt.

Cordle sagte, er erwarte, dass sich die Probleme für christliche Konvertiten in seinem Land "nur verschlimmern werden, wenn die Muslime dreister versuchen, die Scharia einzuführen".

Obwohl die Situation in einigen europäischen Städten schon problematisch genug geworden ist, kommt es in beengten Situationen wie Flüchtlingsunterkünften weitaus häufiger zu Verfolgung. An solchen Orten in Deutschland gab es [Hunderte von Angriffen](#) auf Christen, darunter auch Konvertiten.

Einige dieser Übergriffe seien von Sicherheitskräften verübt worden, von denen viele selbst Muslime seien, sagte Anja Hoffmann, Geschäftsführerin der Beobachtungsstelle für Intoleranz und Diskriminierung von Christen in Europa.

"Gewalt gegen christliche Konvertiten durch radikale Islamisten in Europa ist natürlich ein hochsensibles und politisch brisantes Thema", sagte Hoffmann. "Aus diesem Grund haben einige Regierungen gezögert, auf das Problem zu reagieren."

Auch die meisten Medien scheinen sich nur ungern mit dem Thema auseinanderzusetzen. Die Aussicht, als "islamophob" abgestempelt zu werden, kann in der heutigen westlichen Welt eine starke Abschreckung sein, insbesondere für Menschen, die wenig Wert auf den christlichen Glauben legen.

Hoffmann sagte, dass NGOs, die in Europa mit christlichen Konvertiten mit muslimischem Hintergrund arbeiten, "auf häufige Erfahrungen" von Einschüchterung und körperlichen Übergriffen hinweisen. Die meisten dieser Vorfälle werden nicht gemeldet. "Die meisten Konvertiten, die Gewalt und Verfolgung erleben, schweigen, aus Angst, ihre Situation noch gefährlicher zu machen", fügte sie hinzu.

Die Glaubensfreiheit und andere Ideale, die von den europäischen Demokratien propagiert werden, können für diejenigen, die den Islam verlassen, schmerzlich schwer erreichbar bleiben. In weiten Teilen Europas finden Bibelstudiengruppen, Taufvorbereitungskurse und die Taufen selbst "oft im Geheimen statt, weil die Gefahr für Konvertiten groß ist, wenn ihre Bekehrung von der Familie und ihrem sozialen Netz entdeckt wird", sagte Hoffmann.

In Nordamerika scheint die Situation für Abtrünnige nicht so problematisch zu sein. "Christen mit muslimischem Hintergrund sind in den USA und Kanada seltener körperlich angegriffen. In West- und Nordeuropa ist es wahrscheinlicher, dass sie angegriffen werden", sagte Aweis A. Ali, ein somalischer Konvertit, der oft die Vereinigten Staaten besucht.

Ali, ein Pastor und Autor von [Büchern](#) über Somalia und den christlichen Glauben, wies darauf hin, dass europäische Länder geografisch viel kleiner sind als die USA und Kanada, so dass es schwieriger sein kann, einen Ort zu finden, der von denen entfernt ist, die dem eigenen Glauben feindlich gesinnt sind.

Die Niederlande zum Beispiel, die eine bedeutende somalische Bevölkerung haben, sind geografisch etwa halb so groß wie South Carolina.

Über somalische Konvertiten in Nordamerika sagte Ali: "Christen aus dem Untergrund können in muslimischen Gemeinschaften leben, aber geoutete Christen entscheiden sich oft dafür, außerhalb ihrer Community zu leben."

Ali sagte, dass Kanada Probleme mit Imamen habe, die "antichristliche Feindseligkeiten verbreiten", aber dies habe erheblich nachgelassen, nachdem die Behörden ihnen mit rechtlichen Schritten gedroht hätten.

Seiner Ansicht nach sind die USA das sicherste westliche Land für christliche Konvertiten vom Islam; England (nicht das gesamte Vereinigte Königreich) ist am problematischsten; und London ist die gefährlichste westliche Stadt für Konvertiten.

In Nordamerika beschränken sich die Probleme "normalerweise auf böse Blicke, Propaganda und Gerüchte", sagte er.

https://www.persecution.org/2024/09/13/muslim-converts-to-christianity-still-experience-persecution-after-relocating-to-europe/?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_content=Muslim%20Converts%20to%20Christianity%20Experience%20Persecution%20in%20Europe&utm_campaign=2024-09-23%20ICC%20Global%20Digest

Finland: „Dieser Prozess sendet ein Signal an alle bekennenden Christen“

Seit fünf Jahren steht der finnische Bischof Juhana Pohjola (52) vor Gericht. Der Grund: Er veröffentlichte eine Broschüre der früheren Innenministerin Päivi Räsänen (64), die die christliche Sexualethik und Schöpfungstheologie erläutert.

Mit ihm sprach IDEA-Redakteur Daniel Scholaster. (IDEA)

IDEA: Was bezweckt die finnische Generalstaatsanwaltschaft mit der Anklage gegen Sie und Frau Räsänen?

Pohjola: Dieser Prozess soll einen Präzedenzfall für das Verhältnis von Antidiskriminierungsgesetzen und der Freiheit, religiöse Überzeugungen zu äußern, schaffen. Zugleich hat er jedoch eine abschreckende Wirkung auf die Gesellschaft und führt dazu, dass sich Christen fürchten, sich zu Themen wie praktizierter Homosexualität und Genderideologie zu äußern.

Geht dieses Kalkül auf?

Momentan ja. Für Christen besteht zunehmend die Gefahr der Selbstzensur. Nicht jeder kann es verkraften, möglicherweise vor Gericht zu erscheinen und in den Medien diffamiert zu werden. Auf der anderen Seite ist aufgrund unseres Prozesses auch das Bewusstsein gewachsen, dass wir zusammenarbeiten müssen, um die Grundfreiheiten unserer Gesellschaft zu schützen.

Wie wird in den finnischen Medien über Sie berichtet?

Wir sind in vielen Medien als Extremisten und Fundamentalisten diffamiert worden, die Homosexuelle als minderwertig ansehen. Wir bedauern dies, denn als lutherische Christen wissen wir, dass auch wir Sünder sind, die des Erlösers und der Vergebung ihrer Sünden bedürfen. Wir lehren nach der Schöpfungsordnung und der klassischen biblischen Sexualethik. Es gibt jedoch einige wenige Journalisten, die zwar unsere Überzeugungen ablehnen, sich aber dafür aussprechen, dass wir sie zum Ausdruck bringen können. Sie warnen davor, die Meinungs- und Religionsfreiheit einzuschränken. Dabei lassen sie sich von einem Zitat leiten, das dem französischen Philosophen Voltaire (1694–1778) zugeschrieben wird: „Ich verachte ihre Meinung, aber ich gäbe mein Leben dafür, dass sie sie äußern können.“

Welche Spuren hat der Prozess bei Ihnen hinterlassen?

Er hat uns eine Menge Energie und Zeit gekostet. Aber wir sind überzeugt, dass es das wert ist, damit niemand anderes das Gleiche erleben muss. Wir sehen den Prozess als einen geistlichen Kampf, den Gott uns auferlegt hat. Dieses Kreuz habe ich bei meiner Bischofsweihe erhalten (Pohjola berührt sein Amtskreuz auf der Brust). Das ist keine Dekoration, sondern erinnert mich daran, dass auch ich für meinen Glauben leiden muss, so wie mein Erlöser für mich gelitten hat. Im christlich geprägten Abendland haben wir uns daran gewöhnt, dass wir keine Konsequenzen zu befürchten haben, wenn wir uns zu unserem Glauben bekennen. Aber das ändert sich jetzt. Wir werden zu einer Minderheit. Ich selbst verstehe die Bedeutung von Toleranz für eine freie Gesellschaft nun besser. In der Vergangenheit hat die Kirche Homosexuelle daran gehindert, sich offen zu ihrer sexuellen Orientierung zu bekennen. Das war ein Fehler.

Weshalb haben Sie 2013 die Evangelisch-Lutherische Kirche in Finnland verlassen und die Evangelisch-Lutherische Missionsdiözese in Finnland mitgegründet?

Theologisch konservative Mitglieder der finnischen Kirche bestanden darauf, dass die Heilige Schrift und die Bekenntnisse auch heute noch gelten. In den letzten Jahrzehnten hatte sich die Kirche im Großen und Ganzen jedoch von Überzeugungen abgewandt, die jahrhundertlang als selbstverständlich gegolten hatten. Das begann mit der Untergrabung der Autorität der Bibel, der Einführung der Frauenordination und setzte sich mit kirchlichen Segnungszeremonien für gleichgeschlechtliche Paare fort. Jetzt verteidigen einige Bischöfe sogar die Genderideologie, nach der es mehr als nur zwei Geschlechter gibt. Der Schutz der ungeborenen Kinder hingegen ist den meisten nicht mehr wichtig. Manche Kirchenmitglieder wollten diese Entwicklung nicht akzeptieren. Deshalb sahen wir uns schließlich gezwungen, uns am Glauben der Väter und Mütter zu orientieren, aber außerhalb der etablierten kirchlichen Strukturen.

Wie stark wird Finnland Ihrer Einschätzung nach noch durch die lutherische Kirche geprägt?

Der Einfluss ist in unserer Kultur immer noch zu spüren. Es ist jedoch traurig zu sehen, wie schnell das christliche Erbe in den letzten Jahren geschwunden ist, weil die etablierte Kirche ihr Salz verloren hat. Nur noch ein bis zwei Prozent der Kirchenmitglieder besuchen regelmäßig die Gottesdienste. Wir leben auf einem Missionsfeld.

Liegt das daran, dass sich die Bischöfe von den Lehren des Christentums verabschiedet haben?

Die Kirche hat den destruktiven Entwicklungen des Zeitgeistes sicherlich zu wenig Widerstand entgegengesetzt und sie damit noch gefördert. Andererseits ist Finnland von kulturellen Trends nicht isoliert. Viele andere Länder der westlichen Welt haben sich in den letzten Jahrzehnten in die gleiche Richtung entwickelt.

Im Jahr 2022 wurden Sie zum Vorsitzenden des Internationalen Lutherischen Rates gewählt www.idea.de/artikel/internationaler-lutherischer-rat-wechsel-im-vorsitz, dem konservativen Gegenstück zum Lutherischen Weltbund. Hat Ihr Prozess dabei eine Rolle gespielt?

Das könnte sein, aber ich kann das nicht mit Sicherheit sagen. Da mein Fall internationale Aufmerksamkeit erregt hat, ist es durchaus möglich, dass die Mitglieder des ILC ihre Solidarität mit mir zeigen wollten. Immerhin hatten die Leiter aller Mitgliedskirchen bereits im Juni 2021 einen Brief an die finnische Generalstaatsanwaltschaft und die Vereinten Nationen geschickt, in dem sie mich verteidigten und die Verfolgung von Christen anprangerten, die für die biblische Lehre von Ehe und Familie eintreten.

In den letzten Jahren haben sich mehrere lutherische Kirchen wie die Evangelisch-Lutherische Kirche Lettlands dem ILC angeschlossen. Rechnen Sie damit, dass weitere Kirchen folgen werden?

Ja. Wir sehen weltweit in vielen westlichen Ländern, dass sich die Kirchen in einem gefährlichen Ausmaß an ideologische Trends anpassen. Es gibt einen großen Abfall vom christlichen Glauben, der alle Kirchen spaltet. Etwas Ähnliches wie in Finnland geschieht auch in den anglikanischen und protestantischen Kirchen. Aber auch in der römisch-katholischen Kirche sind solche Tendenzen zu erkennen. Viele lutherische Kirchen im Globalen Süden wollen ein festes biblisches und konfessionelles Fundament haben und sind an einem Beitritt zum ILC interessiert. Ich sehe in meinem Land zudem eine wachsende Zahl junger Erwachsener, die ihr Leben als christliche Gemeinschaft leben wollen, die sich auf biblischem Grund um Kanzel und Altar versammelt. Ich bin voller Hoffnung, dass unsere Kirche eine Zukunft hat, auch wenn sie eine kleine Minderheit ist.

Um noch einmal zu Ihrem Prozess zurückzukommen: Mit welchem Urteil rechnen Sie?

Ich rechne damit, dass wir auch vor dem Obersten Gerichtshof freigesprochen werden.

Was werden Sie tun, wenn Sie verlieren sollten?

Dann werden wir vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Berufung einlegen. Ich glaube, dass sich die Wahrheit durchsetzen wird. Wir befinden uns in den barmherzigen Händen unseres Herrn.

Vielen Dank für das Gespräch!

Indonesien: Bischof von Banjarmasin –“Wir bleiben demütig“

Banjarmasin (Fides) - Man nennt sie „Stadt der tausend Flüsse“ wegen der vielen Kanäle und Wasserarme, die das Gebiet von Banjarmasin durchqueren. Die Stadt befindet sich auf der indonesischen Insel Borneo in der Provinz Südkalimantan. In dieser kleinen Diözese mit rund 23.000 Katholiken bei insgesamt über 4 Millionen Einwohnern, die zu 96% Muslime sind, „geht die Mission Christi im franziskanischen Stil und mit viel Geduld voran: wir bleiben demütig, wir lassen uns nicht auf Streitigkeiten ein, wir gehen mit Einfachheit voran und tun, was wir können, in Demut und Freude“, so der neue Bischof Victorius Dwiardy (OFM Cap), bis vor kurzem Generaldefinitor des Kapuzinerordens, gegenüber Fides.

Der Bischof stammt aus Borneo, verließ aber schon als junger Seminarist zum Studium der Philosophie und Theologie seine Heimat und zog zunächst nach Sumatra, später nach Jakarta und schließlich nach Rom, um den Orden zu leiten, dem er angehört.

„Unsere Katholiken“, erklärt er gegenüber Fides, „sind Einwanderer aus Flores oder einheimische Dayak“, die indigene Bevölkerung der Insel Borneo, der auch der Bischof angehört. „Es sind einfache Menschen, Minenarbeiter, Bauern, Arbeiter mit niedrigen Löhnen und niedrigem Bildungsniveau. Sie leben den Glauben der Einfachen, der Demütigen, der Armen. Das ist unser Volk Gottes, ein Volk der kleinen Leute“, sagt er.

„Wir bringen die frohe Botschaft ins Landesinnere und in die Berge, in abgelegene Dörfer, die von indigenen Menschen bewohnt werden und wo man nur unter großen Schwierigkeiten hinkommt. Dies geschieht vor allem dank der Arbeit und der Unterstützung der Katechisten, die sich bereit erklären, mich auf Motorrädern zu begleiten, auf unbefestigten Wegen, für Fahrten von bis zu fünf Stunden, um ein einziges Dorf zu erreichen, in dem nur wenige Getaufte leben“, so der Bischof. „In jedem dieser Dörfer gibt es ein 'Missionshaus', ein kleines Haus, in dem die Menschen beten, Katechismusunterricht erhalten und wo die Sakramente gespendet werden, wenn ein Priester kommt“, berichtet er.

Die Mission auf dem Gebiet der Diözese, wo die Präsenz muslimischer Gemeinschaften stark und tief verwurzelt ist, „bedeutet für uns, Menschen des Dialogs zu sein, immer aufmerksam, verfügbar, offen und barmherzig gegenüber unseren Mitmenschen“. „Und es bedeutet, wie der heilige Franziskus lehrt, in der Minderheit zu bleiben, an letzter Stelle zu stehen und nicht zu versuchen, sich hervorzutun oder andere zu übertreffen“, stellt er fest und erinnert an die Worte des heiligen Franz von Assisi, der seine Brüder, die in islamische Länder geschickt wurden, ermahnte, keinen Streit zu suchen. „Deshalb müssen wir geduldig sein, denn das Evangelium ist ein Samen, der seine Zeit braucht, um zu wachsen“, betont der Bischof.

Diese Haltung der Kleinheit werde beibehalten, „selbst als einige muslimische Gruppen den Bau einer neuen Kirche blockierten, obwohl wir die offizielle Genehmigung der Zivil- und Regierungsbehörden erhalten hatten“.

„Den Glauben in unserem Gebiet zu leben, ist manchmal nicht einfach“, bemerkt Bischof Dwiardy, „deshalb habe ich das Motto 'ardere et lucere' gewählt, den ich möchte versuchen, vom Feuer des Heiligen Geistes entflammt zu sein und das Licht der Welt zu sein“, sagt er.

Die Mission umfasst auch vier Grundschulen und eine Mittelschule und soziale Einrichtungen wie das von den Schwestern von St. Paul von Chartres geleitete Krankenhaus, das, wie der Bischof anmerkt, „noch nicht die Genehmigung für eine Vereinbarung mit dem öffentlichen Gesundheitsdienst erhalten hat, die aber aus politischen Gründen nicht erteilt wurde“, stellt er fest, „und das ist ein Schritt, um den wir uns weiterhin bemühen werden, damit die Menschen in unserem Krankenhaus ohne Probleme behandelt werden können“.

„Außerdem habe ich den Orden der Kapuziner gebeten, in unserer Diözese eine franziskanische Bruderschaft zu gründen, und wenn dies geschieht, wird ihre Anwesenheit ein weiterer Samen des christlichen Zeugnisses sein“, sagt er.

Der italienische Missionar Pater Antonino Ventimiglia brachte 1688 das Evangelium in das Gebiet von Banjarmasin, wo damals ein Sultanat herrschte. Im Jahr 1692 errichtete Papst Innozenz XII. das Apostolische Vikariat Borneo und ernannte Pater Ventimiglia zum Apostolischen Vikar.

Mehr als zwei Jahrhunderte später, im Jahr 1905, errichtete der Vatikan schließlich die Apostolische Präfektur von Borneo, während der niederländischen Kolonialherrschaft. Die Präfektur wurde den Kapuzinermissionaren anvertraut, und Kapuzinerpater Pacificus Boss wurde zum Apostolischen Präfekten ernannt. Vor allem in der Gegend von Banjarmasin ließen sich die Missionare von der Heiligen Familie nieder und leiteten die dortige Kirche, als die Apostolische Präfektur Banjarmasin eingerichtet wurde (1926) und als sie zum Apostolischen Vikariat (1949) und schließlich zur Diözese (1961) erhoben wurde.

(PA) (Fides 3/10/2024)

Indonesien: Entschuldigung nach Gottesdienst-Störung

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/03.10.24 – Die Unterbrechung des Hausgottesdienstes einer christlichen Nachbarin durch eine wütende Staatsbeamtin am 22. September in der Nähe von Jakarta, Indonesien, führte zu einem Aufruhr, der laut lokalen Medien dazu führte, dass sie sich entschuldigte.

Die Leiterin der Tourismusmarketingabteilung im städtischen Tourismusbüro von Bekasi, Masriwati, beendete den Gottesdienst im Haus des Christen in Perumahan Nasional 2, Jalan Siput Raya Nr. 102, South Bekasi, Bekasi, etwa 27 Kilometer außerhalb von Jakarta.

„Sie haben keine Genehmigung [für die Abhaltung von Gottesdiensten]“, schrie sie die Gläubigen an, wie aus einem Video des Vorfalls hervorgeht, das auf X und anderen sozialen Medien veröffentlicht wurde. Das Video zeigt einen Mann, der sie zeitweise davon abhält, näher an die Christen heranzutreten.

Als ein Mitglied der Kirche ihr sagte, dass sie das Recht hätten, zu beten, antwortete Masriwati, die einen gelben Hidschab trug: „Ja, aber dies ist kein Ort für Gottesdienste. Ein Ort der Anbetung muss eine Genehmigung haben. Ein Wohnort hat keine Genehmigung für Gottesdienste“, wie das Video zeigt.

Ein Nachbar wird gezeigt, wie er sagt, dass das Beten (Anbeten) keine Genehmigung erfordere, und Masriwatis Handlungen als eine Form der Intoleranz bezeichnet. In dem Video sind mehrere Anwohner zu sehen, die versuchen, die Situation zu beruhigen und Masriwati zu bändigen.

Nachdem in den sozialen und Mainstream-Medien immer mehr Einwände gegen die Verletzung der Religionsfreiheit laut wurden, half Masriwatis Vorgesetzter bei der Schlichtung des Streits, was dazu führte, dass Masriwati sich auf einer Pressekonferenz in Anwesenheit der Parteien und des stellvertretenden Bürgermeisters von Bekasi, Raden Gani Muhamad, entschuldigte.

„In meinem eigenen Namen und im Namen meiner Familie möchte ich mich bei dieser Gelegenheit für meine Handlungen und Äußerungen entschuldigen“, sagte Masriwati. „Ich bitte die Stadtverwaltung von Bekasi, die Menschen in Bekasi und insbesondere die Menschen in meiner Nachbarschaft, die Pastorin und ihre Gemeinde um Vergebung für meine unangenehmen Handlungen und Äußerungen.“

Die Pastorin der Kirche, die nur Maria genannt wird, nahm ihre Entschuldigung an, und die Vereinbarung sah vor, dass die Kirche an einem anderen Ort Gottesdienste abhalten sollte.

„Als Pastorin nehme ich auch die Entschuldigung von Frau Sri [Kurzform von Masriwati] an, wir vergeben Ihnen“, sagte Pastorin Maria. „Bei dieser Gelegenheit möchte ich dem Bürgermeister, dem Kommandeur des Militärbezirks und dem Polizeichef für ihre Entschuldigung danken sowie allen anderen Parteien, die ich nicht einzeln erwähnen kann. Ich bin dankbar, dass dies geschehen konnte, und wir vergeben Ihnen noch einmal.“

Der Bürgermeister erklärte, dass das Problem zwischen den beiden Parteien gelöst worden sei und dass jede Seite der anderen vergeben habe.

Die Parteien einigten sich darauf, dass die Gemeinde an einem anderen Ort – einem Kirchengebäude in Perumnas 2, Kayuringin Jaya, South Bekasi – Gottesdienste abhalten werde, wie von der Stadtverwaltung von Bekasi und dem Interreligiösen Harmonieforum (*Forum Kerjasama Umat Beragama*, FKUB) und dem South Bekasi Sub-District ermöglicht, wie kilat.com berichtet.

Laut dem gemeinsamen Ministerialerlass von 2006 in Indonesien ist eine Genehmigung nur für dauerhaft genutzte Gotteshäuser erforderlich, „ausgenommen Familiengotteshäuser“, sagen [Menschenrechtsaktivisten](#).

„Gemäß dem gemeinsamen Erlass der beiden Minister, Kapitel 1, Artikel 3, ist für den Bau einer Kirche eine Genehmigung erforderlich“, schrieb der Menschenrechtsaktivist Permadi Arya, bekannt als Abu Janda, im Jahr 2023. „Für Gottesdienste zu Hause, in Ladenlokalen und Cafés ist keine Genehmigung erforderlich.“

Solche Häuser, Cafés und Ladenlokale können mit traditionellen muslimischen Gebetsräumen (*Musholla*) gleichgesetzt werden, und da Muslime dafür keine Genehmigung benötigen, sollten Christen gleich behandelt werden, sagte er.

Islamische Extremisten sind seit der Verabschiedung des indonesischen Ministerialerlasses von 2006, der die Erteilung solcher Genehmigungen für die meisten neuen Kirchen nahezu unmöglich machte, maßgeblich dafür verantwortlich, dass fehlende Baugenehmigungen als Vorwand für die Schließung oder den Angriff auf Kirchen genutzt werden.

Selbst wenn kleine, neue Kirchen in der Lage waren, die Anforderung zu erfüllen, 90 Unterschriften von Gemeindemitgliedern und 60 Unterschriften von Haushalten in der Umgebung unterschiedlicher Religionen zu erhalten, kam es oft zu Verzögerungen oder fehlenden Antworten von Beamten.

Muslime machen 83,3 Prozent der indonesischen Bevölkerung aus, während sich 11,43 Prozent als Christen identifizieren, wobei die evangelikale Bevölkerung laut dem Joshua-Projekt auf 3,23 Prozent geschätzt wird.

<https://morningstarnews.org/2024/09/attempt-in-indonesia-to-ban-churchs-worship-ends-in-apology/>

Irak: Länderprofil

International Christian Concern - Christen, Jesiden und andere religiöse Minderheiten im Irak sind weiterhin existenziellen Bedrohungen durch militante Gruppen und regionale Regierungen ausgesetzt.

Einwohnerzahl: 41,26 Millionen (Schätzung 2023)

Religionen: Muslime, 95%-98% oder 39 Millionen-40 Millionen; Andere, 1%-4% oder 410.000-1,65 Millionen; Christen, weniger als 0,5% oder etwa 150.000

Ethnien: Arabisch, 75%-80%; Kurdisch, 15%-20%; Andere, etwa 5%

Arten der Verfolgung:

Militanter Terrorismus - Kämpfer, die mit den Dutzenden von Milizen des Landes verbunden sind, darunter auch Gruppen, die mit der Türkei, dem Iran und der irakischen Bundesregierung in Verbindung stehen, misshandeln weiterhin religiöse Minderheiten.

Versagen der Regierung - Die irakische Regierung hat es wiederholt versäumt, sinnvolle Schutzmaßnahmen für religiöse Gruppen zu ergreifen, die noch immer unter der Gewalt der Gruppe Islamischer Staat (ISIS) leiden.

Zusammenfassung:

Da die Bedrohung durch ISIS im gesamten Irak nachgelassen hat - die Terrorgruppe wurde 2019 weitgehend besiegt und hat sich seitdem auf Afrika konzentriert -, könnte der flüchtige Beobachter versucht sein, die modernen Bedrohungen der Religionsfreiheit in dem zerrissenen Staat im Nahen Osten zu verkennen. Anstelle von ISIS bedroht jedoch ein breites Spektrum von Akteuren die Religionsfreiheit. Dutzende von sich bekriegenden Milizen greifen relativ ungestraft Minderheiten an, die Nachbarregierungen in der Türkei und im Iran führen umfangreiche Militäroperationen durch, die gefährdete Gemeinschaften im Irak treffen, und die irakische Regierung hat sich wiederholt als unfähig und unwillig erwiesen, die freie Religionsausübung innerhalb ihrer Grenzen zu schützen.

ICC im Irak:

International Christian Concern (ICC) arbeitet seit langem im Nordirak, wo eine bedeutende Anzahl von Christen durch den Aufstieg von ISIS im Jahr 2014 dezimiert wurde. Heute kehren die vertriebenen Überlebenden langsam in ihre Heimat zurück und benötigen dringend Hilfe, um die schwierige Aufgabe des Wiederaufbaus zerrütteter Gemeinschaften aus der Asche des gewalttätigen Extremismus zu bewältigen.

Die Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhalts ist eine wichtige Säule der Entwicklungsarbeit von ICC in der Ninive-Ebene, die darauf abzielt, Einzelpersonen und Gemeinschaften über Jahre hinweg ein nachhaltiges Einkommen zu sichern. Ob durch die finanzielle Unterstützung eines neuen Restaurants oder die Finanzierung der Wiederherstellung industrieller Hühnerfarmen - ICC setzt sich dafür ein, den Überlebenden Lösungen zu bieten, die ihnen ihr Einkommen und ein Gefühl der Würde zurückgeben. In vielen Fällen spiegeln die von ICC unterstützten Projekte das Leben vor 2014 und eine Rückkehr zu einem gewissen Maß an Normalität für Christen wider, die mit den Narben des Völkermords leben.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Iran: Armenischer Pastor aus dem Gefängnis entlassen

Anooshavan Avedian war 2022 zu zehn Jahren Haft verurteilt worden

Teheran/London (IDEA) – Im Iran ist der evangelische Hauskirchenpastor Anooshavan Avedian aus der Haft entlassen worden. Wie die Menschenrechtsorganisation „Article 18“ (London) mitteilte, konnte der 62-Jährige am 24. September das Evin-Gefängnis in Teheran verlassen. Er war im April 2022 von einem Gericht wegen Organisation und Leitung einer Hauskirche zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Offizielle Begründung: „Propaganda gegen das System“ sowie „Gefährdung der inneren Sicherheit“. Rund sechs Wochen später hatte die Berufungsinstanz das Urteil in Abwesenheit bestätigt. Eine Beschwerde dagegen wurde letztinstanzlich abgewiesen. Daraufhin trat Avedian im September 2023 seine Gefängnisstrafe an. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA benannten ihn im Oktober 2023 als „[Gefangenen des Monats](#)“. Wie „Article 18“ mitteilte, nahm der Oberste Gerichtshof des Landes im April einen Antrag Avedians auf Wiederaufnahme seines Verfahrens an. In der Folge sei er von einem Berufungsgericht freigesprochen worden. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation verbüßen derzeit mindestens 21 weitere Christen im Iran Gefängnisstrafen im Zusammenhang mit ihrem Glauben, darunter mindestens 10 im berüchtigten Teheraner Evin-Gefängnis.

Iran: Konvertit nach fast fünf Jahren freigelassen

IIRF-D/BA/Tübingen/03.10.24 - Ein iranischer Christ, der vom Islam zum Christentum konvertiert ist, wurde nach einer 10-jährigen Haftstrafe [freigelassen](#), nachdem ein Berufungsgericht in Teheran beschlossen hatte, seine Strafe zu reduzieren.

Mehdi Akbari, bekannt als Yasser, wurde am Sonntag, dem 29. September, freigelassen, nachdem seine Strafe auf vier Jahre und fünf Monate reduziert worden war. Yasser hatte bereits eine Haftstrafe von vier Jahren und neun Monaten verbüßt.

Yasser wurde im November 2020 zusammen mit drei weiteren Christen unter derselben Anklage verurteilt: „Handeln gegen die nationale Sicherheit durch die Gründung einer Hauskirche“.

Während seiner Haft erfuhr Yasser, der alleinerziehend war, vom Tod seines einzigen Sohnes, des 18-jährigen Amir Ali. Yasser wurde zu spät informiert, um an der Beerdigung von Amir Ali teilzunehmen, der im Dezember 2021 in einer Pflegeeinrichtung, in der er während der Inhaftierung seines Vaters gelebt hatte, an Gesundheitsproblemen starb.

Yasser wurde am Nachmittag des 29. September vor dem Gefängnis von seiner Familie und seinem Freund und Glaubensgenossen Mehdi Rokhparvar, einem der drei Gläubigen, mit denen er ursprünglich verurteilt worden war, abgeholt. Mehdi wurde im Februar 2023 selbst aus dem Gefängnis entlassen.

Yassers Freilassung erfolgt fünf Tage nach der Freilassung von Pastor [Anooshavan Avedian](#), ([wir berichteten](#)) einem weiteren iranischen Christen, der eine zehnjährige Haftstrafe verbüßt hatte und am 24. September vom selben Berufungsgericht (Zweigstelle 21) freigesprochen wurde.

Während seiner Zeit im Gefängnis stellte Yasser fünf Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens. Vier davon wurden abgelehnt, aber sein fünfter Antrag im April 2024 wurde angenommen, was zu einer Verkürzung seiner Haftstrafe und seiner anschließenden Freilassung führte.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/christian-convert-released-after-nearly-five-years-in-iranian-prison/>

Iran: Konvertitin vom Islam ohne Anklage in Haft.

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/03.10.24 - Die 36-jährige Mojdeh Falahi, eine zum Christentum konvertierte Muslima, wurde von der Islamischen Revolutionsgarde verhaftet, als sie auf Bitten eines am Vortag verhafteten Christen, der ihr mitteilte, dass er für seine Freilassung Dokumente benötige, das Büro des Staatsanwalts in Shiraz aufsuchte.

Während des Besuchs am Montag, dem zweiten Besuch ihrer Mutter, weinte Falahi untröstlich, und ihre Familie ist besorgt über die Misshandlung durch die Behörden und die Haftbedingungen, sagte Sam Khosravi, Falahis Schwager.

„Psychologisch gesehen ist sie in einem sehr schlechten Zustand und weint nur noch“, sagte Khosravi gegenüber Morning Star News.

Falahi, die als Friseurin arbeitet, wurde laut Khosravi in das Pelak-e 100-Gefängnis verlegt, ein Gefängnis, das vom iranischen Geheimdienstministerium betrieben wird.

Obwohl keine Anklage gegen Falahi erhoben wurde, geht ihre Familie davon aus, dass Geheimdienstmitarbeiter sie intensiv nach Informationen über andere Christen befragen. Die Angehörigen sind besonders besorgt, weil Falahis Haft bereits seit mehr als zehn Tagen andauert, was bei Ermittlungen gegen die meisten christlichen Frauen ungewöhnlich ist, so Khosravi.

„Mojdehs Mutter geht jeden Tag zum Gericht, um den Fall weiterzuverfolgen, und bittet den Richter, sie freizulassen“, sagte Khosravi am 30. September. „Sie ging heute zum Gericht, und nach langem Betteln erlaubte der Richter ihr, Mojdeh zu sehen.“

Auch die Verwandten sind über ihre Inhaftierung verwirrt, da sie in keiner Kirche eine Führungsposition innehat und daher weniger wahrscheinlich Informationen über andere Christen hat, so Khosravi. Sie hat keinen Zugang zu einem Anwalt erhalten.

Vor Montag war die Familie mehrmals bei der Staatsanwaltschaft, um einen Besuch zu beantragen, konnte aber nur kurz mit Falahi telefonieren und sie einmal für drei Minuten persönlich sehen. Iranische Beamte boten den Familienmitgliedern, darunter Falahis Mutter, mehr Besuchszeit an, wenn sie sie dazu ermutigen würden, ihnen mehr Informationen zu geben, sagte Khosravi, aber die Familie lehnte ab.

Die Angehörigen konnten die genauen Haftbedingungen von Falahi nicht in Erfahrung bringen, da sie bei ihren Besuchen nicht offen sprechen könne, so Khosravi.

„Wir wissen nicht genau, was mit ihr passiert ist, weil sie überwacht wurde“, sagte er. „Wir machen uns Sorgen und fragen uns, warum sie sie so lange festgehalten haben.“

Die Angehörigen befürchten vor allem, dass die iranischen Behörden Falahi auf eine Weise misshandeln, die sie für den Rest ihres Lebens psychisch traumatisieren könnte, sagte Khosravi. Er ist mit der Behandlung von inhaftierten Konvertiten durch die iranische Regierung vertraut, da er zusammen mit seiner Frau und seiner Schwägerin, Falahis älteren Geschwistern, wegen seines Glaubens inhaftiert war.

Agenten des Geheimdienstministeriums verhafteten Khosravi im Juli 2019 in Bushehr zusammen mit seiner Frau Maryam Falahi, seinem Bruder Sasan und seiner Frau Marjan Falahi sowie vier weiteren Personen bei Razzien in Hauskirchen und bei Konvertiten vom Islam. Die Regierung nahm insgesamt acht Konvertiten fest und befand schließlich alle bis auf einen der Verhafteten der „Propaganda gegen den Staat“ für schuldig.

Sie erhielten verschiedene Strafen, darunter Gefängnis, Geldstrafen, Verbannung aus Buschehr und wurden von bestimmten Arten von Beschäftigungen ausgeschlossen. Maryam Falahi, eine Krankenschwester, durfte in keinem staatlichen Krankenhaus mehr arbeiten.

Am schlimmsten sei die Entscheidung eines iranischen Gerichts im September 2020 gewesen, Khosravi Falahi das Sorgerecht für ihre Adoptivtochter Lydia zu entziehen, weil sie Christen seien, sagte er. Da die Abstammung von Lydia unbekannt war, wurde sie von der iranischen Regierung als Muslimin angesehen.

Khosravi sagte, das Hauptziel der Inhaftierung sei nicht immer die Bestrafung oder das Sammeln von Informationen, sondern die Gefangenen auf einer so grundlegenden Ebene zu brechen, dass sie dauerhaft zerschmettert werden. Die Absicht sei es, sie zu zwingen, ihrem Glauben abzuschwören oder Angst unter anderen Konvertiten vom Islam zu verbreiten.

Khosravi berichtete, dass eine Glaubensgenossin so schlecht behandelt worden sei, dass sie sich auch Jahre nach ihrer Freilassung weigerte, Kirchen zu betreten. Ein anderer Christ, der gezwungen wurde, den Schreien einer Frau zuzuhören, die in einer nahe gelegenen Zelle schrie, wurde von den Wachen davon überzeugt, dass es sich um seine Frau handelte, die wiederholt vergewaltigt wurde, sagte er.

„Es geht nur um Demütigung“, sagte Khosravi. „Es wird Dinge in ihrem Kopf und Herzen geben, über die sie nie hinwegkommen werden.“

Falahis Mutter ist am stärksten von der Inhaftierung betroffen.

„Ihre Situation ist so schlimm“, sagte Khosravi. „Sie ist wie eine Person mit Alzheimer geworden. Sie tut etwas einmal, vergisst es und tut es dann noch einmal. Sie steht unter großem Druck.“

Khosravi lebt versteckt, um den iranischen Behörden zu entgehen.

<https://morningstarnews.org/2024/10/christian-woman-in-iran-suffering-in-custody-relatives-say/>

Iran: Verurteilter Pastor überraschend freigelassen

IIRF-D/BA/Tübingen/03.10.24 – Der iranisch-armenische Pastor Anooshavan Avedian wurde am 24. September freigesprochen und freigelassen, nachdem er ein Jahr seiner zehnjährigen Haftstrafe verbüßt hatte.

Anooshavan, 62 Jahre alt, wurde am 21. August 2020 verhaftet wegen der Leitung einer inoffiziellen Kirche, auch bekannt als „Hauskirche“, in Teheran.

Die „Hauskirche“ wurde als eine illegale Gruppe bezeichnet, „die das Ziel hat, die Sicherheit des Landes zu untergraben durch Lehre und Propagandaaktivitäten, die entgegengesetzt der Lehre des Islam sind und das Ziel hatten, die heilige Religion des Islam zu stören“.

Anooshavan reichte mehrere Petitionen für eine neue Gerichtsverhandlung ein. Die letzte wurde im April 2024 eingereicht; sie wurde akzeptiert. Der Freispruch wurde bei der Abteilung 21 des Berufungsgerichtes des Iran getroffen.

Die von Anooshavan betreute Hauskirche traf sich, nachdem eine Farsi (persisch)– sprechende Kirche im Jahre 2013 geschlossen wurde. Die Schließung ließ die Gemeinde ohne einen Ort für den Gottesdienst zurück.

Anders als historische armenisch und assyrisch sprechende christliche Gemeinden sind Farsi sprechende Christen, Konvertiten aus dem Islam – „Abgefallene“ vom Islam – und daher zu bestrafen nach dem islamischen Recht.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/pastor-freigelassen-nachdem-er-ein-jahr-einer-zehn-jahre-haftstrafe-im-i/>

Israel: Sieben Tote bei Anschlag an Haltestelle

In Jaffa ermorden zwei Terroristen an einer Stadtbahnhaltestelle sieben Menschen. Eine Passagierin rettet ein Baby, dessen Mutter zu den Opfern gehört.

(israelnetz.com) JAFFA (inn) – Bei einem Terroranschlag in der israelischen Küstenstadt Jaffa sind am Dienstagabend sieben Menschen ermordet worden. Es gibt etwa 16 Verletzte. Die beiden palästinensischen Attentäter wurden von Sicherheitskräften außer Gefecht gesetzt.

Der Anschlag begann kurz vor dem [iranischen Großangriff](#) auf Israel in einem Zug der Tel Aviver Stadtbahn. Ein Palästinenser begann zu schießen, der andere stach mit einem Messer auf Passagiere ein. An einer Haltestelle in der Jerusalemstraße in Jaffa stiegen sie aus und griffen Passanten an. Nach Angaben der Polizei wurde ein Angreifer erschossen und der andere schwer verwundet.

Bei den Attentätern handelt es sich um Mehmed Khalaf Saher Radschab und Hassan Mohammed Hassan Tamimi. Sie lebten in Hebron. Für Israel hatten die Männer im Alter von 19 und 25 Jahren keine Aufenthaltsgenehmigung. Vor dem Anschlag hatte die Polizei keine Geheimdienstinformationen erhalten.

Ein Blumenverkäufer namens Mohammed wurde zum Augenzeugen: „Eine Frau kam aus der Bahn und schrie“, sagte er israelischen Medien. „Direkt danach sah ich Verletzte. Es ist ein unangenehmes Gefühl, den Tatort zu sehen.“ Es sei ein „trauriger und schwerer Tag“.

Passagierin rettet Baby von Terror-Opfer

Eine 40-Jährige aus Bat Jam wollte mit der Bahn von der Arbeit nach Hause fahren. Als Geschenk für das bevorstehende jüdische Neujahrsfest Rosch HaSchana, das am Mittwochabend beginnt, hatte sie eine Flasche Wein besorgt. Sie stieg im Raum Ramat Gan ein.

Als die Stadtbahn in Jaffa ankam, hörte sie Schüsse. „Alle legten sich auf den Boden, es gab viele Schreie“, erzählte die Passagierin der Zeitung „Yediot Aharonot“. In dem Chaos habe sie eine Mutter mit einem Tragetuch entdeckt, in dem sich ein neun Monate altes Baby befand.

„Sie wollte aussteigen und wurde offenbar angeschossen“, sagte die Augenzeugin. Das Baby habe geschrien. Mit einem jungen Mann habe sie es aus dem Tragetuch gezogen. „Ich stieg mit dem Baby aus dem Zug und sah Polizisten mit gezogenen Waffen.“ Ein Polizist brachte die beiden mit einem Streifenwagen ins Wolfson-Krankenhaus nach Cholon.

Die Hoffnung der Helferin, dass die Mutter am Leben geblieben sei, erfüllte sich nicht. Sie wurde bei dem Attentat tödlich verwundet. Es handelt sich um die 33-jährige Inbar Segev Vigder aus Tel Aviv. Der Vater kam ins Krankenhaus, um seinen kleinen Sohn abzuholen.

„Mutter ist tot“ – „Ich bin nicht tot“

Die hilfsbereite Passagierin indes wurde nicht verletzt. Im Gespräch mit der Zeitung schilderte sie eine weitere Szene aus der Bahn: Eine Frau mit zwei Töchtern sei mit Blut bedeckt gewesen. Eines der Mädchen habe gerufen: „Mutter ist tot“. Darauf habe die Frau geantwortet: „Ich bin nicht tot.“

Am Mittwoch gaben die Behörden die Namen von fünf weiteren Todesopfern zur Veröffentlichung frei. So wurde die 30-jährige Schahar Goldman aus Lod bei dem Anschlag getötet. Sie war Tänzerin und hatte vor etwas mehr als einem Jahr geheiratet. Zudem kamen der 24-jährige Informatikstudent Revital Bronstein aus Bat Jam und der 42 Jahre alte Ilia Nozadze aus Georgien ums Leben. Weitere Opfer sind die 40-jährige Nadia Sokalenko aus Tel Aviv und der 26-jährige Architekturstudent Jonas Chrosis aus Griechenland. (eh)

Kongo: Leitender Mitarbeiter von Radio Maria ermordet

Kinshasa (Agenzia Fides) – Der Koordinator von Radio Maria/Goma, Edmond Bahati Monja, ist ermordet worden. Der Mord ereignete sich am Abend des 27. September. Der katholische Radiojournalist wurde von bewaffneten Männern in der Nähe seines Hauses im Stadtteil Ndosho am Rande von Goma erschossen. Die Stadt ist die Hauptstadt von Nord-Kivu, der östlichen Provinz der Demokratischen Republik Kongo, die durch den Vormarsch der bewaffneten M23-Bewegung erschüttert wird.

Goma ist fast vollständig von den Milizionären der M23-Bewegung umzingelt. Um die Verteidigung der Stadt zu verstärken, hat die reguläre kongolesische Armee Bündnisse mit anderen bewaffneten Gruppen geschlossen und dafür einige Milizen, die sich als Wazalendo („Patrioten“ in Suaheli) bezeichnen, bewaffnet. Die Präsenz irregulärer bewaffneter Gruppen hat insgesamt jedoch zu einem Anstieg der Gewaltkriminalität in Goma geführt, wobei Raubüberfälle und Morde an der Tagesordnung sind.

Die Ermordung von Edmond Bahati, einem Journalisten, der unter anderem auch die Situation vor Ort in diesem Zusammenhang recherchiert hat, fällt jedoch in eine andere Kategorie: Journalisten, werden ermordet, weil sie ihre Arbeit gemacht haben. Innerhalb von zwei Jahren wurden in und um Goma mindestens ein Dutzend Journalisten ermordet. Bahati hatte insbesondere die Gewalt der bewaffneten Gruppen in der Region untersucht.

Nach den Berichten mindestens eines Augenzeugen wurde Bahati von drei bewaffneten Männern (möglicherweise in Militärkleidung, möglicherweise in Zivil, andere Zeugen sind sich in diesem Punkt nicht einig) getötet, die sie kurz vor der Ermordung der Journalistin ausgeraubt hatten. Bahati wurde Berichten zufolge erschossen, nachdem die drei Attentäter ihm eine kurze Strecke gefolgt waren. Der Koordinator von Radio Maria/Goma wurde von mindestens zwei Schüssen aus nächster Nähe in seine Brust getroffen. Er hinterlässt seine Frau und drei Kinder. „Edmond war ein Mann des Friedens, der sich in den Dienst der Gemeinschaft und der Kirche stellte. Sein Tod ist ein großer Verlust“, sagte ein Mitarbeiter von Radio Maria.

Journalisten in Goma sind immer wieder Drohungen ausgesetzt, die sie per Telefon oder Textnachricht erhalten. Gemeinschafts-Radiosender wie Radio Maria/Goma sind in Krisen- und Kriegsgebieten wie Nord-Kivu ein wichtiges Informationsinstrument. Deshalb sind sie unbequem für die verschiedenen Kriegsparteien, weil sie die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung anprangern. Die Gewalt in der Stadt, so klagen die Einwohner, hält trotz des von den Behörden am 6. Mai 2021 ausgerufenen Belagerungszustandes in Nord-Kivu und der benachbarten Provinz Ituri an.

Der Einsatz von irregulären bewaffneten Gruppen durch die Armee, um den Vormarsch der M23-Milizen zu stoppen, hat die Unsicherheit in der Hauptstadt von Nord-Kivu weiter verschärft. Kardinal Fridolin Ambongo Besungu, Metropolitan-Erzbischof von Kinshasa, betont in einem Interview mit: „Diese bewaffneten Gruppen werden schließlich zu einer Gefahr für die Bevölkerung werden, indem sie die Bürger ausplündern, Raubüberfälle und Morde begehen und in den illegalen Handel mit Mineralien einsteigen, die in den handwerklichen Minen der Region abgebaut werden“

(L.M.) (Fides 30/9/2024)

Libanon: "Wir bitten um das Wunder des Friedens"

Das christliche Dorf Rmeich an der Grenze zu Israel

Von Gianni Valente

Rmeich (Fides) - Israel liegt auf der anderen Seite des Hügels, weniger als zwei Kilometer Luftlinie entfernt. Inmitten dieses Grenzgebiets, das bereits zum Schauplatz einer direkten Konfrontation zwischen den schiitischen Milizen der Hisbollah und den Soldaten der israelischen Armee geworden ist, schwebt das christliche Dorf Rmeish noch immer zwischen dem Leben und dem Tod, der es bereits rundherum umgibt. Bis vor wenigen Wochen zählte das Dorf noch mehr als 11.000 Einwohner. Jetzt sind es weniger als 5.000. Viele - vor allem Familien mit kranken Menschen und kleinen Kindern - haben sich wie eine Million neuer vertriebener Libanesen - Schiiten, Sunniten und Christen - entschlossen die Region zu verlassen und sind in als „sicherer“ geltende Gebiete geflohen, bevor der befürchtete „Landoffensive“ die Fluchtwege versperren konnte.

Diejenigen, die nicht gegangen sind, wollen bleiben und weitermachen, trotz allem. Sie beten jeden Tag zu Jesus, Maria und ihre liebsten Heiligen und bitten darum, dass das ganze Dorf in seiner Hilflosigkeit weiterhin vor Drohnen, Raketen und Artilleriebeschuss bewahrt wird. Wie eine Insel des Friedens inmitten von Sturm, Verwüstung und Gemetzel.

Toni Elias, einer der vier maronitischen Priester des Dorfes, hält abends mit etwa 30 jungen Männern an den Zufahrtsstraßen zum Dorf Wache, damit sie bei Gefahr alle warnen können. „Ich nenne diese jungen Männer 'Morgenwachen'. Sie sind wie friedliche, unbewaffnete Wächter, die überprüfen, was in der Umgebung des Dorfes passiert, um zu sehen, ob eine Gefahr besteht“. Während des Gesprächs mit Fides, sind in der Ferne Explosionen und Granateneinschläge zu hören. „Das passiert jede Nacht. Vielleicht sind die israelischen Soldaten bereits auf der anderen Seite des Hügels. Bis jetzt haben wir sie noch nicht gesehen. Aber wir haben das Geräusch von Panzern gehört, die sich auf den Straßen bewegen, die zu anderen Dörfern führen“.

Auch Rmeich wurde in den Krieg verwickelt, der nach den Massakern an Israelis am 7. Oktober 2023 in den Grenzgebieten zwischen Libanon und Israel begann. Seitdem hat sich alles verändert. Die Schulen sind geschlossen, es gibt keine Arbeit, und viele Menschen können sich nur dank der Unterstützung der Caritas Libanon und anderer Hilfsorganisationen über Wasser halten.

„Als die schiitischen Hisbollah-Milizionäre begannen, Raketen auf Israel abzufeuern“, erzählt Pfarrer Toni, „erhoben einige von uns ihre Stimme, um zu sagen, dass niemand diesen Krieg wollte und dass wir den Palästinensern in Gaza nicht von hier aus und auf diese Weise helfen würden“. Und als die israelische Artillerie die Anbauflächen rund um Rmeish beschoss, baten die Einwohner unter Vermittlung der libanesischen Armee die Hisbollah-Milizionäre, ihre Raketen nicht von ihrem Dorf aus abzuschießen. Sie wollten nicht, dass die israelische Raketen in einem Krieg, der nicht ihr eigener war, auf ihre Häuser treffen.

Als die israelische Armee vor zwei Wochen mit der Operation „New Order“ im Libanon begann und Stellungen der Hisbollah bombardierte, ihre Milizionäre und auch ihren Anführer Nasrallah tötete und Hunderte von Opfern auch unter der Zivilbevölkerung forderte, wurden auch viele schiitische und christliche Dörfer in der Nähe von Rmeish verwüstet und sind nun verlassen. „Inzwischen gibt es so viele Ruinen, so viele zerstörte Orte wie in Gaza, auch in unserer Umgebung“, betont Pfarrer Toni. Und er erzählt, dass die israelische Armee auch Evakuierungsbefehle für die christlichen Dörfer erteilt hat, von deren Land aus die von der Hisbollah abgefeuerten Raketen abgefeuert wurden.

Entlang des gesamten Grenzstreifens sind die Bewohner nur noch in Reimch und in einem anderen christlichen Dorf geblieben. Der Rest ist Ödland. „Außer uns ist keine Menschenseele zu sehen. Selbst die reguläre Armee hat den Befehl erhalten, sich hinter die so genannte 'blaue Linie' zurückzuziehen.“

Während sich alle auf das Schlimmste vorbereiten, gibt Pfarrer Toni Elias zu, dass „wir nicht verstehen, was dahinter steckt und wohin es uns führen wird“. Was die Beziehungen zu den Schiiten betrifft, so erinnert er an die gute Freundschaft, die vor dem neuen Krieg zwischen den verschiedenen Dörfern bestand. „Wir gehören zum selben Volk, wir können nicht mit ihnen in Konflikt geraten“, wiederholt er. Er beklagt aber auch, dass das Land Zedern „in Stücke gerissen wurde“. „Jetzt fragen wir uns auch, was passieren wird, wenn der Krieg vorbei ist. Wie werden wir weitermachen können. Deshalb fordern wir, dass ein neuer Präsident gewählt wird, denn wir haben seit zwei Jahren keinen mehr. Wir haben kein Oberhaupt der Nation, und das spricht Bände über unsere Schwäche“, mahnt er.

Pfarrer Toni schildert auch das Leid der Familien, die nachts geflohen sind und weiterhin in ihren Autos schlafen, während Bomben auf Beirut fallen und es in den Schulen und Unterkünften für Flüchtlinge nicht einmal Matratzen gibt.

„In Rmeich“, fügt der maronitische Priester hinzu, „sind wir jetzt wie ein kleines Boot im stürmischen Ozean, wir bitten Jesus, mit uns zu sein“. Die Einwohner von Rmeich wissen, dass Papst Franziskus am Sonntag in der römischen Basilika „Santa Maria Maggiore“ für den Frieden beten wird und dass er für den 7. Oktober zu einem Tag des Fastens und des Gebets für den aufgerufen hat. „Auch wir“, fügt Pfarrer Toni hinzu, „vertrauen uns dem Herrn an, seiner Barmherzigkeit und seinem Schutz. Wir beten für die Verstorbenen aller Glaubensgemeinschaften, zu denen auch die Christen gehören. Erst gestern starben in der Nähe zwei Eltern und ihr Sohn, die von einer Rakete erfasst wurden. Möge der Herr sie im Paradies aufnehmen“.

(Fides 3/10/2024) von Gianni Valente

Mexiko: Vertriebene Baptisten dürfen zurückkehren

Eine von Behörden ausgehandelte Vereinbarung macht es möglich

Mexiko-Stadt (IDEA) – In Mexiko durften 30 Baptistenfamilien, die im April aus zwei Dörfern im Bundesstaat Hidalgo vertrieben worden waren, nach Hause zurückkehren. Das hat eine von staatlichen und kommunalen Behörden ausgehandelte Vereinbarung zwischen Dorfvertretern und vertriebenen Mitgliedern der „Great Commission Fundamental Baptist Church“ ermöglicht. Das berichtete die Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity Worldwide (CSW). Mehr als 150 Baptisten waren am 26. April gezwungen worden, ihre Häuser in den Dörfern Coamila und Rancho zu verlassen. Berichten zufolge stellten Dorfvorsteher den Strom ab, verwüsteten Zugänge zu Häusern sowie der Kirche der Baptisten und blockierten die Gebäude. Die vertriebenen Familien – darunter mehr als 70 Kinder – suchten Zuflucht in Huejutla de Reyes, wo sie von Evangelikalen mit Lebensmitteln und Wasser versorgt wurden. Laut CSW zeigt die geschlossene Vereinbarung, was im Hinblick auf den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit sowie die Einhaltung der mexikanischen Gesetze erreicht werden kann, wenn der politische Wille seitens der Regierung vorhanden sei. Man werde darauf achten, dass die örtlichen Behörden ihr Versprechen einhalten, die Religions- und Glaubensfreiheit zu respektieren. Zur Einordnung: In mehrheitlich katholischen Regionen Mexikos kommt es immer wieder zu Übergriffen auf Protestanten, insbesondere unter Indigenen. 78 Prozent der 129 Millionen Mexikaner sind Katholiken, elf Prozent evangelisch, acht Prozent religionslos, die übrigen gehören anderen Religionsgemeinschaften an.

Nigeria: Massaker ohne Ende

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/03.10.24 - Fulani-Hirten haben am 26. September in einem Gebiet des Bundesstaates Plateau einen Christen getötet, nachdem am 15. September in einem anderen Teil des Bundesstaates acht weitere Menschen getötet worden waren.

Bei dem Angriff auf das Dorf Hwrra im Bezirk Miango, Landkreis Bassa, am 26. September hätten bewaffnete Hirten einen christlichen Bauern aus dem Hinterhalt angegriffen und getötet, sagte der Anwohner Lawrence Zango.

„Der christliche Bauer wurde mit einer Machete angegriffen und er starb an den ihm zugefügten Wunden“, sagte Zango. „Im Bezirk Miango, Landkreis Bassa, ereignen sich weiterhin tragische Vorfälle, bei denen Gemeinden wiederholt von Fulani-Hirten angegriffen werden.“

Am 15. September töteten Fulani-Hirten im Bezirk Bokkos sechs Christen in der Stadt Mbar und zwei weitere im Dorf Kwatas Bargesh, wie der Anwohner David Zino berichtete. Ein weiterer Christ sei aus dem Dorf Rafut entführt worden, sagte er.

Hirten überfielen am 13. September um 11 Uhr auch das Dorf Kopyal am Rande der Stadt Bokkos, aber es gab keine Todesopfer, sagte der Anwohner Steve Mallau.

Am 3. September erschossen bewaffnete Fulani in der Stadt Daffo „etwa sechs Christen“ und verwundeten einen weiteren, wie Blessing Yakubu, ein Bewohner der Region, in einer SMS an Christian Daily International-Morning Star News mitteilte. Die Bewohnerin Rhoda Sanda berichtete ebenfalls, dass sechs Christen getötet und einer ins Krankenhaus eingeliefert wurden.

„Eines der christlichen Opfer des Daffo-Angriffs dieser Hirten ist ein gewisser Shalom Enoch, der derzeit im Jos University Teaching Hospital (JUTH) behandelt wird“, schrieb Sanda in einer SMS.

Der Gemeindevorsteher von Daffo, der Anwalt Farmasum Fuddang, sagte, er beklage die „unaufhörlichen Angriffe“.

„Wir sind traurig, berichten zu müssen, dass unsere Gemeinden ständig von Terroristen angegriffen werden, die sich als Fulani-Hirten ausgeben“, sagte Fuddang in einer Presseerklärung. „Trotz unserer wiederholten Aufrufe zum Eingreifen hält die Gewalt an.“

Mehr als 10 Bauern in Mbar trauern derzeit um den Verlust ihrer Farmen, die bei nächtlichen Überfällen der Terroristen zerstört wurden, sagte er.

„Dieser Angriff ereignete sich, während die Bewohner noch um sechs Gemeindeglieder trauerten, die am 15. September bei einem nächtlichen Angriff brutal ermordet wurden“, sagte Fuddang. „Die Terroristen trieben über 1.000 Rinder auf die Höfe und zerstörten die angebauten Feldfrüchte, die auf die Ernte warteten. Diese über 1.500 Hektar großen Höfe gehören armen Gemeindegliedern, die bereits Mühe hatten, sich von früheren Angriffen zu erholen.“

Die Zerstörung der Farmen zielte darauf ab, die Menschen in der überwiegend christlichen Region wirtschaftlich zu schwächen, sagte er.

„Die jüngsten Angriffe ereigneten sich am 3. September in Daffo und Tarangol und am 15. September in Mbar, als sechs unserer Gemeindeglieder in Mbar getötet wurden“, sagte er. „Um 23 Uhr kam es im Dorf Kopyal, das direkt außerhalb der Stadt Bokkos liegt, zu vereinzelt Schüssen von Fulani-Hirten. Am Tag zuvor hatten sie im Dorf Rafut eine hilflose Frau angegriffen und entführt.“

Die Gemeinschaft trauert um mehr als 100 Menschen, die in diesem Jahr getötet oder verletzt wurden, sowie um Tausende Hektar Ackerland, die von den Hirten zerstört wurden, sagte er.

„Wir fragen uns, warum die Fulani immer frei Waffen tragen und unser Volk terrorisieren dürfen und ungestraft davonkommen, während das Gegenteil nicht der Fall ist?“, sagte er. „Wir rufen unser Volk dazu auf, friedlich zu sein, aber sicherheitsbewusst wachsam zu sein.“

Am 13. September erlag Issac Wallam aus der Mbar-Gemeinde den Machetenwunden der Fulani, sagte er und fügte hinzu, dass das Gebiet seit November 2023 unter ständigen Angriffen steht.

Gyang Bere, ein Sprecher des Gouverneurs von Plateau, Caleb Manasseh Mutfwang, sagte, der Gouverneur sei traurig über die grundlosen Angriffe der Hirten.

„Gouverneur Caleb Mutfwang hat seine tiefe Trauer über die brutale Ermordung unschuldiger Menschen durch bewaffnete Männer in den Gemeinden Daffo und Kwatas im Verwaltungsbezirk Bokkos zum Ausdruck gebracht“, sagte Bere in einer Presseerklärung. „Gouverneur Mutfwang verurteilt diese Angriffe und bezeichnet sie als tragisch und untragbar zugleich. Er wies die Sicherheitsbehörden an, ihre Bemühungen zu verstärken, um die Täter dieser abscheulichen Tat zu ergreifen und vor Gericht zu stellen.“

Drei Monate zuvor griffen Hirten im Bezirk Miango im Landkreis Bassa am 26. Juni das Dorf Hwrra an und töteten fünf Christen in der Nähe der Stadt Kwall, darunter zwei Kinder, wie der Gemeindevorsteher Sam Jugo berichtete. Er identifizierte die Getöteten als Jummai Matthew (67), Martha Danladi (13), Menshack Matthew (18), Bari John (30) und Robert Sunday (7).

Ein weiterer Christ wurde von den Hirten angeschossen und verwundet und befand sich noch in Behandlung in einem Krankenhaus in Jos, so Jugo.

„Maryamu Sunday, der schwer verletzt wurde, wird derzeit in einer medizinischen Einrichtung in Jos behandelt“, sagte er.

Bei dem Angriff wurden auch die Häuser von drei Christen zerstört, sagte er.

Die überwiegend muslimischen Fulani, die in Nigeria und der Sahelzone in Millionenstärke leben, umfassen Hunderte von Clans mit vielen verschiedenen Abstammungslinien, die keine extremistischen Ansichten vertreten. Einige Fulani folgen jedoch einer radikalen islamistischen Ideologie, wie die parteiübergreifende parlamentarische Gruppe für internationale Freiheit oder Weltanschauung (APPG) des Vereinigten Königreichs in einem [Bericht](#) aus dem Jahr 2020 feststellte.

„Sie verfolgen eine vergleichbare Strategie wie Boko Haram und ISWAP und zeigen eine klare Absicht, Christen und starke Symbole der christlichen Identität ins Visier zu nehmen“, heißt es im APPG-Bericht.

Christliche Führer in Nigeria glauben, dass die Angriffe von Hirten auf christliche Gemeinden im Middle Belt Nigerias von dem Wunsch inspiriert sind, das Land der Christen gewaltsam zu übernehmen und den Islam aufzuzwingen, da die Wüstenbildung es für sie schwierig gemacht hat, ihre Herden zu ernähren.

Nigeria ist nach wie vor der tödlichste Ort der Welt, um Christus nachzufolgen. Laut dem Bericht „World Watch List (WWL) 2024“ von Open Doors wurden dort vom 1. Oktober 2022 bis zum 30. September 2023 4.118 Menschen wegen ihres Glaubens getötet. Mit 3.300 Entführungen von Christen gab es in Nigeria außerdem mehr Entführungen als in jedem anderen Land.

<https://morningstarnews.org/2024/10/herdsmen-kill-christians-in-plateau-state-central-nigeria/>



Pakistan: Christliche Zwillingbrüder in Haft

Wegen angeblicher Blasphemie, Gefangene des Monats Oktober - Die pakistanischen Christen Tabish und Yeshua Shahid befinden sich seit Ende August im Gefängnis.



Gefangene des Monats Oktober Foto: pixabay.com

(IDEA) Zu „Gefangenen des Monats Oktober 2024“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA die pakistanischen Christen Tabish und Yeshua Shahid benannt. Sie rufen dazu auf, sich für die 18-jährigen Zwillinge einzusetzen.

Die beiden jungen Männer befinden sich seit Ende August wegen angeblicher Koranschändung im Gefängnis von Kasur (Provinz Punjab). Nach dem Gesetz über Blasphemie (Gotteslästerung) droht ihnen damit lebenslange Haft oder sogar die Todesstrafe.

Die Brüder aus der Provinzhauptstadt Lahore waren am 26. August zu Besuch bei Verwandten in einem Dorf im Distrikt Kasur, als dort Muslime gerade das jährliche Fest zu Ehren eines Sufi-Heiligen begingen. Die Teenager bastelten sich aus Altpapier Spielgeld und warfen die Scheine in die Luft. Die beiden Analphabeten hatten dazu irrtümlich Seiten aus einem Koranheft gerissen, das sie für Altpapier hielten. Passanten hatten dies beobachtet. Unter dem Vorwurf der Blasphemie schlugen einige der Umstehenden auf die Brüder ein, die schließlich die Flucht ergreifen und sich verstecken konnten.

Nachdem in der Moschee schließlich zum Ergreifen der Zwillinge aufgerufen wurde, flüchteten aus den umliegenden Häusern mehr als 40 christliche Familien, um möglichen Vergeltungsakten zu entgehen. Die Polizei nahm zunächst einige Christen aus dem Viertel fest, darunter auch Verwandte der Jungen, bis sich die Brüder dann ergaben.

Der Direktor der Menschenrechtsorganisation CLAAS in Großbritannien, Nasir Saeed, erklärte zur Verhaftung der Brüder: „Sie sind Analphabeten und haben die Bedeutung dieser Papiere nicht verstanden. Es ist besorgniserregend, dass solche Menschen der Blasphemie angeklagt werden, ohne dass sie ihr Handeln verstehen.“

Die IGFM und IDEA bitten darum, sich in Briefen an den pakistanischen Staatspräsidenten Asif Ali Zardari zu wenden. Er solle auf die Freilassung der Zwillingbrüder hinwirken und für deren Sicherheit sorgen. Verbunden damit ist die Bitte, für die beiden Christen zu beten.

[Musterbrief Deutsch](#)

[Musterbrief Englisch](#)

Pakistan: Welche Rolle spielen die Milizen der "Tehreek-e-Labbaik?"

Beobachter fordern Klarstellung

Lahore (Fides) - Welche Rolle spielen die „zivilen Milizen“ oder „Bürgerwehren“ der islamistischen Partei „Tehreek-e-Labbaik Pakistan“ (TLP), die in den Straßen der pakistanischen Städte unterwegs sind, um Personen zu bestrafen, die der Blasphemie oder der Verunglimpfung des Islam beschuldigt werden? Diese Frage stellen sich Analysten und Vertreter der Politik und der Zivilgesellschaft angesichts eines Phänomens, das die pakistanische Gesellschaft erschüttert. Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen, sozialen Organisationen und Religionsgemeinschaften verschiedener Glaubensrichtungen bitten in diesem Zusammenhang die Regierung um Aufklärung angesichts der „willkürlichen“ Aktionen von Gruppen, die die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzen und die Sicherheit der Bürger und ihr Recht auf ein freies Leben bedrohen.

Drei der jüngsten Fälle haben in den pakistanischen Medien eine heftige Debatte ausgelöst. Es handelt sich dabei um Fälle, die mit dem Vorwurf der „Blasphemie in den sozialen Medien“ zusammenhängen, ein Bereich, dem die TLP-Mitglieder offenbar große Aufmerksamkeit schenken. In einem Fall geht es um den aus der Provinz Sindh stammenden Arzt Shah Nawaz Kumbhar, der beschuldigt wird, blasphemische Inhalte bei „Facebook“ geteilt zu haben.

Ein weiterer Fall betrifft den 50-jährigen Abdul Ali, Besitzer eines Hotels in Quetta in der Provinz Belutschistan der ebenfalls festgenommen wurde, weil er in den sozialen Medien abfällige Kommentare über den Propheten Mohammed gepostet haben soll, und schließlich in Polizeigewahrsam starb. Der dritte Fall betrifft die 40-jährige christliche Krankenschwester Shagufta Kiran, Mutter von vier Kindern, die wegen Blasphemie auf WhatsApp mit dem Todesurteil bestraft wurde (vgl. Fides 20/9/2024). In diesen und anderen Fällen wurde die aktive Beteiligung von TLP-Mitgliedern festgestellt, die öffentlich oder durch Einschüchterungsversuche auftraten.

Die Tehreek-e-Labbaik Pakistan (TLP) ist eine islamistische Partei, die von der Regierung im Jahr 2021 verboten wurde. Im Herbst desselben Jahres schloss die TLP eine Vereinbarung mit der pakistanischen Regierung, in der sie sich verpflichtete, die Verfassung zu respektieren und keine gewaltsamen Proteste zu unterstützen. Im November 2023 wurde sie von der pakistanischen Regierung offiziell wieder als „bei der pakistanischen Wahlkommission registrierte politische Partei“ anerkannt. Die Regierung vereinbarte mit der TLP ein Abkommen „im Hinblick auf das übergeordnete nationale Interesse und die langfristige Perspektive, um sicherzustellen, dass es in Zukunft nicht wieder zu Gewalt kommt“. In dem Abkommen wurde festgelegt, dass Abschnitt 7 des Anti-Terrorismus-Gesetzes von 1997 (Anklage wegen terroristischer Handlungen) auf Personen anwendbar ist, die der Blasphemie gemäß Abschnitt 295-C des pakistanischen Strafgesetzbuches (Verunglimpfung des Propheten Mohammed) beschuldigt werden. Darüber hinaus einigten sich die beteiligten Parteien auf die Einrichtung einer Sonderabteilung mit der Bezeichnung „Counter Blasphemy Wing“ innerhalb der „Federal Investigation Agency“ (FIA), einer Ermittlungsbehörde der Bundespolizei. Die Abteilung wurde mit dem Ziel eingerichtet, die Fähigkeit zur Überwachung der „Entweihung von Religionen“ zu verbessern, aber da das Blasphemiegesetz in Pakistan so ausgelegt ist, gilt es in Wirklichkeit speziell für den Islam, insbesondere für im Internet verbreitete Inhalte.

Das Abkommen garantiert auch ein unparteiisches und schnelles Verfahren für Angeklagte, die wegen Blasphemie angeklagt sind, was „eigentlich vor außergerichtlichen Aktionen und Lynchmorden schützen sollte, die immer noch von Militanten durchgeführt werden“, stellt Farzana Imran von der christlichen Organisation „LEAD Pakistan“ (Legal Evangelical Association Development) fest und fordert die Behörden auf, die Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten und nicht zuzulassen, dass eine parastaatliche Miliz der „Moral- oder Religionspolizei“ die Arbeit der Polizei oder der ordentlichen Justiz behindert.

Muhammad Amir Rana, muslimischer Wissenschaftler und Mitbegründer des „Pakistan Institute for Peace Studies“, der als Kolumnist für pakistanischen Tageszeitung „Dawn“ schreibt, erinnert daran, dass die TLP im vergangenen Juli nach dem Freispruch eines Mitglieds der Ahmadiyya-Gemeinschaft (die im Islam als „ketzerisch“ gilt) zu Gewalt gegen den Obersten Gerichtshof Pakistans aufrief. Und er fragt: „Warum macht der Staat Kompromisse und toleriert eine Gruppe, die für Massengewalt, Vandalismus, die Tötung unschuldiger Bürger und die Beschädigung von Eigentum verantwortlich ist und die das internationale Image des Landes durch die Förderung des Extremismus befleckt?“

(PA) (Fides 27/9/2024)

Russland: Dankbar für durchgeführte Taufe

(Licht im Osten) D. ist sehr dankbar, dass sich vier Personen in seiner Gemeinde haben taufen lassen. „Alle hatten ein schweres Schicksal, bevor sie auf den Weg der Wahrheit kamen.“ **Bitte beten Sie**

☒ für diese vier jungen Leute, dass „der Herr sie stärkt“. Besonders für Nastja, deren Verwandte ganz gegen ihren Glauben sind, es ist nicht leicht für sie, unter diesen Bedingungen Christus nachzufolgen.

☒ für die 10 glaubensfernen Personen, die mit Interesse an der Sommerfreizeit teilgenommen haben, dass der Heilige Geist weiter an ihren Herzen wirkt.

☒ für die Gesundheit von Dmitrij (Diabetes).

Russland: Thüringer Pfarrer hat Russland verlassen

Michael Schwarzkopf war von den Behörden festgenommen worden

St. Petersburg (IDEA) – Der aus Thüringen stammende evangelische Pfarrer Michael Schwarzkopf (St. Petersburg) hat Russland verlassen und ist nach Deutschland zurückgekehrt. Das bestätigte die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Schwarzkopf ist seit 2013 Propst der Evangelisch-Lutherischen St.-Petri-Gemeinde in St. Petersburg. Die Gemeinde berichtete letzte Woche von seiner [Festnahme](#) durch die russische Polizei. Nach einer Nacht im Polizeigewahrsam wurde er örtlichen Medienberichten zufolge wieder freigelassen. Auch Schwarzkopfs Frau und dessen Sohn haben mittlerweile das Land verlassen.

Lutheraner sind eine kleine Minderheit

Schwarzkopf war für lutherische Gemeinden im Nordwesten Russlands verantwortlich. Die russischen Behörden warfen ihm vor, gegen das Meldegesetz verstoßen zu haben. 2022 war bereits der Erzbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland (ELKR), Dietrich Brauer, mit seiner Familie nach Deutschland [geflüchtet](#). Er war ins Visier der Behörden geraten, weil er den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine kritisiert hatte. Lutheraner sind in Russland eine kleine Minderheit. Die Evangelisch-Lutherische Kirche Europäisches Russland (ELKER) hat rund 15.500 Mitglieder. Zu ihr gehören 170 Gemeinden und Gemeindeguppen, zwölf Propsteien und 62 Pfarrer. Vor der russischen Revolution von 1917 gab es etwa 1,5 Millionen Lutheraner in Russland.

Anmerkung AKREF:

Russland: Thüringer Pfarrer in Russland festgenommen

Michael Schwarzkopf ist lutherischer Propst in St. Petersburg

St. Petersburg (IDEA) – Der aus Thüringen stammende evangelische Pfarrer Michael Schwarzkopf (St. Petersburg) ist in Russland festgenommen worden. Wie die russische Nachrichtenagentur Interfax meldete, drohen dem 62-Jährigen die Ausweisung aus Russland und eine Geldbuße. Ihm wird vorgeworfen, gegen Aufenthaltsbestimmungen verstoßen zu haben. Er soll für einige Zeit ohne offizielle Anmeldung an einem Ort gewohnt haben, heißt es in Medienberichten. Schwarzkopf ist seit 2014 als Propst für die lutherischen Gemeinden im Nordwesten Russlands zuständig. Der Evangelisch-Lutherischen St.-Petri-Gemeinde in St. Petersburg zufolge wurde er am 24. September festgenommen. Eine offizielle Begründung habe es bisher nicht gegeben, teilte die Gemeinde auf der Onlineplattform VKontakte mit. Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) ist wegen des Falles in Kontakt mit dem Auswärtigen Amt, wie eine Anfrage von MDR Thüringen ergab. Schwarzkopf war ab 2002 Pfarrer im Thüringer Wald und ab 2007 Gefängnisseelsorger. Seit 2013 ist er Pfarrer an der St.-Petri-Kirche in St. Petersburg. Lutheraner sind in Russland eine kleine Minderheit. Die Evangelisch-Lutherische Kirche Europäisches Russland (ELKER) hat rund 15.500 Mitglieder. Zu ihr gehören 170 Gemeinden und Gemeindegruppen, zwölf Propsteien und 62 Pfarrer.

Saudi-Arabien: Verfolgung geht trotz angeblicher Reformen weiter

International Christian Concern - Saudi-Arabien, das aufgrund seiner riesigen Öl- und Gasreserven lange Zeit ein unverzichtbarer Akteur auf der internationalen Bühne war, hat es in der Vergangenheit kaum für nötig gehalten, sich an internationale Menschenrechtsnormen zu halten oder auch nur so zu tun, als ob es sich darum kümmere. Seit der Gründung der islamischen Theokratie im Jahr 1930 hat sich wenig geändert. In den verschiedenen Epochen wurde jedoch die Durchsetzung des islamischen Rechts gegenüber Christen und anderen Nicht-Muslimen unterschiedlich stark betont.

Einschränkung der Religion in Saudi-Arabien

Obwohl im Jahr 2022 Anstrengungen unternommen wurden, das Gesetz zu konkretisieren, gilt in Saudi-Arabien eine größtenteils ungeschriebene Version der Scharia, die Staatsanwälten und Richtern einen extrem großen Spielraum bei der Verfolgung selbst geringfügiger Verstöße gegen die Scharia lässt. Die königliche Familie Al Saud, nach der das Land benannt ist, überwacht das Justizsystem sorgfältig und nutzt es als mächtiges Instrument, um politische und religiöse Meinungsverschiedenheiten zu unterdrücken.

Menschenrechtsgruppen zufolge werden vor saudischen Gerichten manchmal Geständnisse durch Folter erzwungen, und die Angeklagten haben keinen Zugang zu einem Rechtsbeistand während des Gerichtsverfahrens. Da es in dem Land kein schriftliches Strafgesetzbuch gibt, können die Richter nach Belieben Urteile fällen und nach Angaben der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit einige der härtesten Strafen der Welt für Verbrechen wie Blasphemie verhängen.

Sowohl Blasphemie als auch Apostasie sind nach saudischem Recht Straftaten, die mit hohen Geldstrafen, langen Haftstrafen, Auspeitschungen und sogar dem Tod geahndet werden können. Allerdings hat das Königreich die Todesstrafe seit einiger Zeit nicht mehr vollstreckt. Das Blasphemiegesetz des Landes verbietet im Wesentlichen die Äußerung religiöser Überzeugungen von Minderheiten, während das Verbot der Apostasie Muslime daran hindert, den Islam zu verlassen und zu einem anderen Glauben überzutreten. In Verbindung mit der in den Schulen gelehrt Vorstellung, dass alle Kinder als Muslime geboren werden, lässt dies wenig Raum, sich mit einem anderen Glauben als dem Islam zu identifizieren.

Die öffentliche Verehrung eines anderen Glaubens als des Islams ist in Saudi-Arabien verboten, wobei die Regierung diese Einschränkung sorgfältig durchsetzt und private Versammlungen nur unter strengsten Auflagen zulässt.

Wie viele autoritäre Regime auf der ganzen Welt betrachtet die saudische Regierung die Religionsfreiheit als Bedrohung für ihren absoluten Machterhalt. Während es ihr gelungen ist, den Islam zu einem Werkzeug des Staates zu verdrehen und zu manipulieren, erlaubt sie nicht einmal Muslimen, ihren Glauben in Freiheit zu praktizieren. Sie unterhält sogar eine Vollzugsbehörde, die sicherstellen soll, dass Muslime ihren Glauben in einer Weise praktizieren, die den Interessen des Staates nicht zuwiderläuft.

Versuche der Schönfärberei

Trotz dieser langjährigen Säulen der gesetzlichen und außergesetzlichen Verfolgung in Saudi-Arabien hat das Land in den letzten Jahren zahlreiche öffentlichkeitswirksame Versuche unternommen, seine Bilanz in Sachen Religionsfreiheit zu beschönigen. Während einige Bemühungen tatsächlich auf Mängel im System abzielen - zum Beispiel die Entfernung diskriminierender Lehren aus dem Lehrplan -, beinhalten sie in der Regel viel gepriesene Aktualisierungen, die die Probleme nicht umfassend angehen

In anderen Fällen wird versucht, den Anschein von Toleranz und Offenheit gegenüber der Religionsfreiheit zu erwecken, ohne auch nur den Anschein zu erwecken, dass ein wirkliches Problem angegangen wird. Mohammed bin Salman, der Führer des Landes, lud die koptische Kirche ein, 2018 und erneut 2023 eine Messe zu leiten. Im selben Jahr lud er eine Delegation aus Israel ein, den Sukkot-Gottesdienst in einem Hotel in Riad zu leiten.

Diese unheilvollen Fototermine, die eine Art von Annäherung suggerieren sollen, sollten eine viel offensichtlichere Wahrheit hervorheben - die Tatsache, dass genau diese religiösen Gottesdienste verboten worden wären, wenn sie nicht Teil einer Propagandakampagne gewesen wären, die darauf abzielte, Beobachter von außen zu täuschen.

Internationale Reaktion

Die Herausforderungen für die Religionsfreiheit in Saudi-Arabien reichen Jahrzehnte zurück und sind tief in ein System verwoben, das, so ungeschrieben es auch ist, nicht über Nacht geändert werden kann. Auch wenn Fotos und einmalige öffentliche Veranstaltungen mit Angehörigen anderer religiöser Gruppen einen gewissen Fortschritt darstellen, lindern sie nicht die Not der politischen Gefangenen, die weiterhin im Gefängnis sitzen, weil sie über ihren Glauben gesprochen haben, und verringern auch nicht den Zustrom neuer Gefangener, die wegen derselben Straftaten zu ihnen stoßen.

Angesichts der Tatsache, dass die Welt dem Königreich wegen seiner riesigen Energiereserven verpflichtet ist, scheinen die Reformbemühungen Saudi-Arabiens in der internationalen Gemeinschaft auf allzu große Gegenliebe zu stoßen. Mit jeder Veränderung scheinen die Anhänger des Königreichs schnell den Anbruch einer neuen Ära für die Religionsfreiheit und die Menschenrechte insgesamt zu sehen. Die Realität sieht jedoch viel düsterer aus, und echte Reformen sind in Saudi-Arabien schwerer zu erreichen, als es die halbjährlichen Fototermine oder aktualisierten Lehrpläne vermuten lassen.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Sudan: Armeeoffensive in Khartum

Seit Tagen erschüttern heftige Kämpfe die Stadt

Khartum (Fides) - In Khartum haben sich die Kämpfe zwischen der sudanesischen Armee und den „Rapid Support Forces“ (RSF) verschärft. Das reguläre Militär scheint die Kontrolle über wichtige Zentren in der sudanesischen Hauptstadt erlangt zu haben, die bisher in den Händen rivalisierender Milizionäre lagen. Die Offensive der Armee begann am 26. September, und seither ist es gelungen, die RSF-Milizionäre aus dem Zentrum von Khartum zurückzudrängen und sich dem Präsidentenpalast zu nähern.

Die Armee übernahm dabei auch die Kontrolle über die beiden wichtigsten Brücken in der Hauptstadt Khartum, die Omdurman mit Khartum Nord und Khartum verbinden.

Die Kämpfe konzentrieren sich auf das Stadtgebiet AL-Muqrin im Zentrum der Hauptstadt, wo die Armee den Sitz der sudanesischen Zentralbank eingenommen haben soll. Die Rapid Support Forces hatten Mitte April 2023 die Kontrolle über die sudanesische Zentralbank übernommen, während die von der Armee unterstützte Regierung die Geschäfte der Zentralbank in die Stadt Port Sudan, die vorläufige Hauptstadt der Exekutive, verlegte.

Unterdessen wurden bei den Kämpfen zahlreiche Gebäude schwer beschädigt, über die Zahl der Opfer gibt es keine Angaben.

Sollte es der Armee gelingen, ihren militärischen Einfluss auf die zentraler Region von Khartum auszudehnen, könnten die Rapid Support Forces durch den Verlust dieser Region wichtige Trümpfe bei den Verhandlungen verlieren, die derzeit aufgrund der Weigerung der Armee, daran teilzunehmen, blockiert sind.

Auch in Darfur, der Hochburg der RSF, toben Kämpfe. Insbesondere in El Fasher, der Hauptstadt von Nord-Darfur, der letzten Bastion der Armee in der Region, die von der RSF belagert wird, die die Stadt weiterhin bombardiert und dabei zivile Opfer fordert.

Die humanitäre Lage wird durch die Cholera-Epidemie im Bundesstaat Kassala und die Dengue-Epidemie im Bundesstaat Khartum noch verschärft.

Der im April 2023 ausgebrochene Krieg hat mehr als 13 Millionen Sudanesen innerhalb und außerhalb des Landes vertrieben, 20.000 Menschen getötet und 33.000 verletzt und bedroht nun die Ernährungssicherheit von 25 Millionen Einwohnern, von denen fünf Millionen am Rande einer Hungersnot stehen.

(L.M.) (Fides 3/10/2024)

Thailand/Vietnam: Thailändisches Gericht ordnet Auslieferung eines christlichen Aktivisten nach Vietnam an

International Christian Concern - Ein thailändisches Gericht ordnete die Auslieferung des christlichen Aktivisten Y Quynh Bdap, Mitbegründer der Gruppe Montagnards Stand for Justice (Montagnards stehen für Gerechtigkeit ein), an Vietnam an, um ihn wegen angeblicher terroristischer und antikommunistischer Aktivitäten im Zusammenhang mit den Protesten im Juni 2023 in Vietnam anzuklagen.

Die vietnamesische Regierung stellte das ungewöhnliche Auslieferungersuchen an thailändische Beamte, obwohl Bdap während der fraglichen Proteste nicht in Vietnam war. Er befindet sich seit 2018 in Thailand und hat dort Asyl und eine Neuansiedlung beantragt. Bdaps Anwalt hat gegen das Gerichtsurteil Berufung eingelegt.

International Christian Concern (ICC) hat Bdaps Fall genau verfolgt und die Notlage dieser vietnamesischen Christen, die nach Thailand geflohen sind, untersucht.

„Bdap's Fall ist enorm wichtig, denn wenn er ausgeliefert wird, wird er mit ziemlicher Sicherheit Gewalt und weiterer Verfolgung in Vietnam ausgesetzt sein“, sagte ein ICC-Mitarbeiter. „Wenn er ausgeliefert wird, ist dies ein gefährlicher Präzedenzfall, der andere verfolgte christliche Flüchtlinge, die in Thailand Asyl suchen, einem enormen Risiko aussetzt, in ihre Heimatländer ausgeliefert zu werden, wo sie mit Sicherheit noch mehr und wahrscheinlich schlimmerer Verfolgung ausgesetzt sind. Die internationale Kirche und die Menschenrechtsgemeinschaften müssen sich dafür einsetzen, dass Bdap und alle anderen ähnlichen Auslieferungsverfahren gestoppt werden und den Hunderten von christlichen Flüchtlingen, die in Thailand schmachten, geholfen wird. Wir haben mit eigenen Augen gesehen, wie groß die Not dort ist, und wir müssen handeln.“

ICC-Mitarbeiter besuchten kürzlich die Montagnard-Christen in Bangkok, Thailand, die ebenfalls Asyl suchen, nachdem sie verfolgt wurden.

„Bei einem Besuch sahen wir Dutzende von christlichen Montagnard-Familien, die unter sehr einfachen und harten Bedingungen leben, während sie seit Jahren in Thailand auf eine Umsiedlung hoffen“, sagte ein ICC-Mitarbeiter. „Wir unterhielten uns mit Pastoren und Kirchenleitern der Montagnards, die ihr Bestes tun, um ihr Volk durch Bibelstudien und Kleingruppeneinschaften geistlich zu stärken. Trotz der extremen Herausforderungen in Thailand bleiben sie glaubensstark und hoffnungsvoll. Aber für diese christlichen Flüchtlinge wird dringend Hilfe benötigt.“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Ukraine: Dass dieser Krieg endlich ein Ende findet!

(Licht im Osten) Viktor T. (Kiew) schreibt: „Anfang Juni fuhren wir mit dem Puppentheater von LICHT IM OSTEN in den Donbass zu befreundeten Gemeinden in Nowogradowka, Mirnograd, Dobropolje, Drushkowka und Schewtschenko. Damals waren dort noch viele Kinder. Wir führten für sie eine Puppentheateraufführung durch, predigten das Evangelium und verteilten Geschenke. Die Kinder in den Frontgebieten bekommen selten Besuch, sodass das Puppentheater für sie ein richtiges Fest war.“ Bitte beten Sie

☒ für diese Kinder, dass sie Jesus in ihren Herzen als ihren besten Freund und Retter erfahren und sich ihm anvertrauen.

„Zu der Zeit wurden diese Städte bereits von den russischen Aggressoren bombardiert, aber noch nicht sehr intensiv. In Mirnograd schlug kurz vor unserer Ankunft eine russische Rakete in der Nachbarschaft des christlichen Gemeindegebäudes ein. In allen Wohnungen eines Nachbarhauses flogen Türen und Fenster heraus, Möbel und die gesamte Inneneinrichtung wurden schwer beschädigt. Die Fenster wurden provisorisch mit Sperrholzplatten abgedeckt, repariert wird hier nichts mehr. Auch das Gemeindehaus wurde beschädigt. In Dobropolje zerstörten vor unserer Ankunft mehrere russische Raketen einen ganzen Häuserblock in derselben Straße, in der die christliche Gemeinde steht. Doch trotz Krieg und Beschuss kamen mehr als einhundert Kinder zu unserer Puppentheateraufführung, der Gemeindesaal war voll. Wir hörten viele Dankesworte von den Kindern, ihren Eltern und den Mitarbeitern der Gemeinde.“

☒ Danken Sie mit uns für alle Bewahrung des Evangelisationsteams und aller Menschen, denen sie gedient haben.

☒ Beten Sie bitte auch weiterhin dafür, dass unsere Mitarbeiter und Missionare dort bewahrt bleiben bei ihren oft sehr gefährlichen Einsätzen.

„In Nowogradowka gelang es uns gerade noch, die Kinder zu versammeln und eine Puppentheateraufführung durchzuführen. Kurz nach unserer Abreise begannen die russischen Aggressoren, die Stadt massiv zu bombardieren, das christliche Gemeindehaus wurde schwer beschädigt, sodass man sich dort nicht mehr versammeln kann. Viele Wohnhäuser wurden zerstört, und dann nahmen die russischen Besatzer Nowogradowka ein.“ **Bitte beten Sie**

☒ für die von Bombardierungen betroffenen Menschen, dass sie in ihrer großen Not Hilfe finden, auch dass sie Trost, Frieden und Hilfe bei dem lebendigen Gott suchen.

☒ für die Gemeinden, deren Gemeindehäuser zerstört worden sind, dass sie andere Möglichkeiten finden, zusammenzukommen, um sich geistlich stärken zu lassen und sich gegenseitig zu ermutigen.

„Wir setzen unseren Dienst an Binnenflüchtlingen fort. Wir geben ihnen Einkaufsgutscheine und predigen ihnen das Evangelium. Seit Beginn des Krieges haben wir bereits Zehntausenden von Binnenflüchtlingen geholfen ... Einige Flüchtlinge kommen zum Sonntagsgottesdienst, einige haben sich taufen lassen und sind Gemeindeglieder geworden.“

☒ **Bitte beten Sie** für die Geflüchteten, dass sie ausreichende Versorgung bekommen und in Gott ihre innere Heimat finden, die niemand zerstören kann.

„Wir kümmern uns besonders um die Familien von Soldaten, die unser Land gegen die russischen Aggressoren verteidigen und von denen viele ihr Leben verloren haben. Es ist nicht leicht, mit einer Mutter zu sprechen, die ihren einzigen Sohn verloren hat. Eine Frau sagte zu mir: „Ich möchte weiterhin zu Ihnen kommen. Sie sind wie ein Lichtstrahl in der Dunkelheit, in die ich nach dem Tod meines Sohnes gesunken bin.“ Bitte beten Sie

☒ um Trost in Gott für alle Menschen, die Angehörige und Freunde im Krieg verloren haben oder in ständiger Angst um ihre Lieben an der Front sind.

☒ dass dieser Krieg endlich ein Ende findet! „Dass Frieden in der Ukraine einkehrt, dass nicht mehr Tausende und Abertausende von Erwachsenen und Kindern getötet werden.

☒ dass das Evangelium immer mehr gepredigt wird und immer mehr Menschen gerettet werden.“

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE8752060410000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]